

Das Herz schlägt links

Die Partei „Die Linke“ und die Gewerkschaften

Königswinterer *Notizen*

Das Herz schlägt links

Die Partei „Die Linke“ und die Gewerkschaften

Königswinterer *Notizen*

Impressum

Herausgeber: Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (CSP)

Werner Schreiber, Vorsitzender

Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter

Redaktion: Karsten Matthis und Josef Zolk

Tel. 02223-73119; E-Mail info@azk.de

Internet: www.azk.de

Produktion: TiPP4, Rheinbach

Die Ausgaben der Königswinterer Notizen erscheinen
in unregelmäßigen Abständen.

Vorwort

Liebe Leser,

mit den Königswinterer Notizen schlagen wir eine neue Seite auf, denn die Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. gibt sich wieder eine eigene Publikation. Aus Kostengründen wurde vor einigen Jahren das populäre Themenheft der Stiftung eingestellt. Das Themenheft war ein anspruchsvolles Magazin, welches in enger Zusammenarbeit mit der Sozialen Ordnung (SO) der CDU-Sozialausschüsse erschien. An diese gute Tradition will das neue Heft im DIN A5 Format anknüpfen, jedoch nicht als Magazin, sondern als eine monothematische Reihe. Der Herausgeberkreis möchte pro Jahr drei bis vier Hefte der „Königswinterer Notizen“ publizieren. Wir wollen keine wissenschaftlichen Studien herausgeben, sondern meinungsbildend unter politisch Interessierten wirken. Der Start der neuen Reihe behandelt das Verhältnis der Partei „Die Linke“ zu den DGB-Gewerkschaften. Die weiteren Hefte des Jahrgangs 2010 sind zu weiteren aktuellen Themen geplant, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bewegen.

Ich danke dem Geschäftsführer der Stiftung CSP, Karsten Matthis, für den Impuls, eine neue Schriftenreihe zu beginnen. Es bleibt zu hoffen, dass die „Königswinterer Notizen“ viele interessierte Leser finden und so zur Meinungsbildung beitragen. Vor allem möchte die neue Reihe christlich-soziale Ideen in der Gesellschaft unterstützen und verbreiten helfen.

In diesem Sinne wünsche ich den „Königswinterer Notizen“ viel Beachtung und eine Reihe hochaktueller Ausgaben.



Werner Schreiber
Minister a.D.
Vorsitzender der Stiftung CSP

Königswinter im Mai 2010

„Das Herz schlägt links“ – Die Partei „Die Linke“ und die Gewerkschaften

Einleitung

Die Partei „Die Linke“ erschien im Frühjahr 2010 nach dem Rückzug Oskar Lafontaines im Westen führungslos. Die Auseinandersetzung um den ehemaligen Geschäftsführer Dietmar Bartsch, der von Lafontaine zum Rücktritt gezwungen wurde, verleitete zur Annahme, dass die Partei an Boden verlöre und organisatorisch schlecht aufgestellt sei. Vergleichbar wie bei der Partei Die Grünen in den 90er Jahren ist die Partei Die Linke lokal vital. Konflikte auf der Bundesebene irritierten zwar die Parteibasis, die Aktivitäten laufen jedoch unvermindert weiter. Viele Einzelaktivisten knüpfen bundesweite Netzwerke und organisieren sich in Kreisverbänden oder in lokalen Gesprächskreisen. Ein hoher ideeller Einsatz ist dabei feststellbar. Selbst in Krisenzeiten scharfer innerparteilicher Auseinandersetzungen schaffte es die Partei Bündnis 90/ Die Grünen, Organisationsstrukturen zu festigen und in Landtage einzuziehen. Eine vergleichbare Entwicklung nimmt die Linkspartei. Diese organisiert sich zur Zeit flächendeckend und gewinnt zunehmend gesellschaftlichen Einfluss. Der Personalaustausch von Ost nach West funktioniert, so zog die Exponentin des ultralinken Flügels Sahara Wagenknecht über die Landesliste NRW in den Bundestag ein. Der Bremer Dr. Axel Troost erlangte über die sächsische Landesliste ein Mandat in Berlin.

Der Einzug der Partei in den nordrhein-westfälischen Landtag beweist, dass die Partei nicht in einer Krise steckt. Mit elf Abgeordneten ist die Fraktion der Linken Zünglein an der Waage, ob es zu einem rot-rot-grünen Bündnis kommt.

Der Rostocker Parteitag im Mai 2010 hat durch die beschlossenen Doppelspitzen auf der Führungsebene der Partei die Ost-West Querelen durch zwei Vorsitzende und zwei Bundesgeschäftsführer vorerst beendet.

Die Linke ist eine Partei mit verschiedenen Identitäten. Ihr reformistischer Flügel spricht enttäuschte SPD-Wähler und das Gewerkschaftsmilieu an. Am linken Rand sammelt die Linke in den alten Bundesländern ehemalige DKP-Mitglieder und Anhänger linksextremistischer Splittergruppen ein. Im Osten bündelt sie die Anhängerschaft der alten Staatspartei SED und

spricht jüngere Menschen an, die sich politisch im linken Spektrum engagieren wollen. Wiederum stellt sich die Linke als Protestpartei dar, die Unzufriedene um sich schart. Ein Schwerpunkt ihrer Aktivitäten legt die Partei auf die Gewerkschaftsarbeit, speziell bemüht sie sich um Multiplikatoren wie Gewerkschaftssekretäre, Betriebs- und Personalräte sowie Jugendvertreter. Die Partei Die Linke hat aktuell 77.645 Mitglieder und verzeichnet einen Altersdurchschnitt von 62,5 Jahren. Im gewerkschaftlichen Milieu versucht sie neue Mitglieder zu gewinnen, die noch im aktiven Berufsleben stehen.

Die vorliegende Studie analysiert die Strategie der Partei und fragt danach, in wieweit die SED-Nachfolgepartei künftig Einfluss auf den politischen Kurs der Gewerkschaften nimmt.

Rückblick auf die Bundestagswahl 2009

Am Abend der Bundestagswahl 2009 wurde bereits bei den ersten Hochrechnungen deutlich, dass die SPD dramatische Verluste hatte hinnehmen müssen.

Die Konkurrenz im linken Lager, die Partei Die Linke, triumphierte und erreichte nicht nur ein gutes Zweitstimmenergebnis, sondern holte im Osten Deutschlands 16 Direktmandate. Die frühere PDS erzielte 11,9 % und verbessert sich um 3,2 %. Die neue Fraktion im Bundestag ist um 22 Mandate angewachsen und zählt in der neuen Legislaturperiode 76 Abgeordnete. In Sachsen-Anhalt erzielte Die Linke ihr bestes Ergebnis in einem östlichen Bundesland mit 32,4 %. Hochburg der Linken im Westen ist die Heimat Oskar Lafontaines, das Saarland, mit 21,1 %.

Vielen Gewerkschaftern ist die SPD in der Regierungszeit Gerhard Schröders fremd geworden. Die Agenda 2010 und die sogenannten Hartz-Gesetze I-IV beschädigten das einst gute Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften. Die Abschaffung der Vermögenssteuer gilt nach wie vor als „Sündenfall“ unter vielen Gewerkschaftern. In der Zeit der Großen Koalition mit Vizekanzler Steinmeier wurde den Sozialdemokraten vorgeworfen, weder ein Verbot der Minijobs und Leiharbeit noch einen flächendeckenden Mindestlohn durchgesetzt zu haben. Die Entfremdung schritt weiter voran. Aus gewerkschaftlicher Perspektive erscheint mit der Partei Die Linke ein neuer potentieller Partner zu erwachsen, der scheinbar konsequenter als die SPD die Interessen von Arbeitnehmern vertritt.

Strategische Überlegungen der Linken

Wenn die Linkspartei ihr Bundestagswahlergebnis vom 27. September 2009 halten, sogar ausbauen will, muss sie in der alten Bundesrepublik weiter Fuß fassen. Dies könnte der Partei dadurch gelingen, dass sie weite Teile der Gewerkschaftsbewegung an sich bindet. Es ist erklärtes Ziel der Partei, Betriebsräte und Vertrauensleute zu gewinnen, um künftig möglichst viele Wählerstimmen aus der organisierten Arbeiterschaft zu erhalten.

Die Linke fährt gegenüber den Gewerkschaften eine Doppelstrategie: Einerseits bietet sie sich als Bündnispartner an, andererseits kritisiert sie den DGB und seine Vertreter scharf als lammfromm gegenüber den Arbeitgebern.

So heißt es in einer aktuellen Erklärung: „Gewerkschaften stehen jedoch nicht automatisch für eine Politik zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ausgangspunkt ihrer Existenz ist zunächst die Lohnabhängigkeit ihrer Mitglieder und das Kapitalverhältnis. Dies erzeugt objektiv einen mächtigen Anpassungsdruck. Vor die Frage gestellt „Anpassung oder Widerstand“ wird noch zu oft Co-Management und Sozialpartnerschaft als Politikmuster gewählt. Der notwendige breite Widerstand gegen die Agenda 2010 blieb aus.“ (Selbstverständnis: Gewerkschaften – wichtiger Bezugspunkt für Die Linke, 01.11.2009, Beschluss der Bundeskonferenz)

Die Linkspartei sucht den Dialog mit hauptamtlichen Mitarbeitern der Gewerkschaften, zu Betriebs- und Personalräten sowie Vertrauensleuten und Jugendvertretern, um diese in ihr neosozialistisches Lager zu ziehen. Der Mittelbau der Gewerkschaften soll für die Positionen der Linken gewonnen werden, um das „Gewerkschaftsmonopol“ der SPD zu brechen und die Linkspartei in der westdeutschen Arbeiterschaft zu etablieren.

Dabei konzentriert sich die Linkspartei auf die großen und einflussreichen Gewerkschaften: ver.di mit 2,68 Mio. und die IG Metall (IGM) mit 2,3 Mio. Mitgliedern. Von besonderem Interesse neben ver.di und der IG Metall ist für die Linkspartei die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit 252.000 Mitgliedern. Die Linkspartei möchte nicht nur im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie Einfluss nehmen, sondern auch auf Schulen, Hochschulen und Wissenschaft.

WASG schlug Brücke zu den Gewerkschaften

Die PDS und die Wahlinitiative „Arbeit und & soziale Gerechtigkeit“ (WASG) fusionierten im Juni 2007 auf ihrem Gründungsparteitag in Berlin zu der Partei „Die Linke“. Die neue Partei sieht sich als demokratisch sozialistische Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung. Ein mühevoller zweijähriger Diskussionsprozess war der Vereinigung voran gegangen.

Die WASG brachte 11.600 Mitglieder in die Fusion mit der PDS ein, darunter zahlreiche langjährig aktive Gewerkschafter. Im alten WASG-Vorstand waren es zehn Vorstandsmitglieder von 16, die haupt- oder ehrenamtlich für eine der DGB-Gewerkschaften tätig waren. Der heutige Parteivorsitzende der Linken, Klaus Ernst, war hauptamtlich für die IG Metall (IGM) in Schweinfurt (Bayern) aktiv. Ernst und andere schlugen eine Brücke zu den Arbeitnehmerorganisationen. Verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Mittelbau so u.a. Sekretäre und Bildungsreferenten arbeiteten engagiert in den alten Ländern für eine neue Partei links neben der SPD.

Durch die Fusion mit der Wahlalternative WASG profitierte die PDS im Westen erheblich, denn sie hatte aufgrund ihrer DDR-Vergangenheit nach der Wendezeit keinen „gewerkschaftlichen Stallgeruch“. Die Nachfolgepartei der SED konnte an keine freiheitliche gewerkschaftliche Tradition anknüpfen. Im Gegenteil: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und seine 15 Einzelgewerkschaften zählten zu den Massenorganisationen der DDR. Mitte der 80er Jahre galt der FDGB mit rund 9,6 Mio. eingeschriebenen Mitgliedern als einer der größten Gewerkschaftsbünde der Welt, allerdings besaß der Gewerkschaftsbund keine politische Eigenständigkeit.

Der FDGB-Gewerkschaftsapparat gehörte zum politisch-ideologischen Machtgefüge der SED. In die Volkskammer delegierte der FDGB ein festes Kontingent von 61 Abgeordneten, um die Macht der Staatspartei zu sichern. Alle Vorsitzenden des FDGB waren Mitglieder des SED-Politbüros, so auch der letzte FDGB-Vorsitzende Harry Tisch (geb. 1927 – gest. 1995), der strikt die Parteilinie befolgte.

Die Funktionäre des FDGB waren gehalten, die Parteitagsbeschlüsse der SED in den volkseigenen Betrieben und Kombinatn umzusetzen. Die Staatsgewerkschaft hatte den Auftrag, die Produktion anzukurbeln und

Stimmungsberichte aus den Betrieben zu sammeln und gegebenenfalls an die Partei und ans Ministerium für Staatssicherheit (MfS) weiter zu leiten. Zu den unpolitischen Aufgaben der DDR-Gewerkschaften gehörten neben dem Brandschutz in den Betrieben die Vermittlung von Urlaubsreisen für die Werktätigen.

Ganz im Interesse der SED waren die FDGB-Funktionäre bemüht, Kontakte zum DGB und den Einzelgewerkschaften im Westen herzustellen. Hierbei sollte die Rolle der Gewerkschaften als „Klassenorganisation der Werktätigen in der BRD“ und als Plattform der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten gestärkt werden.

Wenn sich heute verschiedene ostdeutsche Funktionäre der Partei Die Linke bei den DGB-Gewerkschaften anbieten, ist dies eine Ironie der Geschichte. Pure Ironie deshalb, weil sich die kommunistischen Funktionäre des FDGB bereits im November 1946 offen gegen das Streikrecht und für eine Abschaffung der Betriebsräte aussprachen. Auf seinem 3. Kongress 1950 bekannte sich der FDGB zum Marxismus-Leninismus und schrieb die führende Rolle der SED in seiner Satzung fest. Mit dem Aufkommen von Solidarnosc als unabhängige Gewerkschaft kamen aus den Reihen des FDGB keine Sympathieerklärungen, vielmehr wurde die polnische Gewerkschaftsbewegung als konterrevolutionär gebrandmarkt.

So sind die erfahrenen West-Gewerkschafter aus den Reihen der WASG besonders wichtig für die SED-Nachfolgepartei, weil sie zu den DGB-Gewerkschaften und ihren Mitgliedern eine Brücke schlagen. Allein durch Linkspopulisten, SED-Altkaeder und ehemalige DKPler hätte kein glaubwürdiger Dialog mit DGB-Vertretern begonnen werden können.

Arbeitsgemeinschaft „Betrieb & Gewerkschaft“: Gesprächsforum für linke Gewerkschafter

Im Jahr 1991 hatte der PDS-Parteivorstand den Anstoß gegeben, eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen „AG Betrieb & Gewerkschaft“ zu gründen, um linksorientierten Gewerkschaftern eine Basis in der PDS zu bieten. Ein erstes bundesweites Treffen fand mit nur 39 Teilnehmern am 01.06.1991 in Hannover statt, um eine sozialistische Gewerkschaftsarbeit ins Leben zu rufen. Die offizielle Gründung der Arbeitsgemeinschaft fand am 25./ 26. Januar 1992 in Friedrichroda (Thüringen) statt.

Die AG Betrieb und Gewerkschaft ist eine etablierte Vereinigung in der Partei und verfügt über feste Strukturen, anders als die lockeren Gesprächskreise „Sozialistische Linke“, „Antikapitalistische Linke“, „Ökologische Plattform“ oder „Forum demokratischer Sozialismus“. Die Vereinigung ist von ihren Strukturen her eher vergleichbar mit der Kommunistischen Plattform (KPF), der Linksjugend solid oder der Frauenorganisation Lisa. Auf Grundlage von Programm und Statut kann eine Vereinigung aktiv in der Parteiorganisation wirken. Per Satzung verfügt Betrieb & Gewerkschaft spezielle Rechte und erhält eine finanzielle Unterstützung von der Mutterpartei.

In diesem innerparteilichen Zusammenschluss organisieren sich, so die Linkspartei, „GewerkschafterInnen der LINKEN und parteilose KollegInnen, die eine politische Plattform für sozialistische Politik suchen“. Ende 2009 präsentieren sich 13 Landesarbeitsgemeinschaften, die nach Angaben stärkste Arbeitsgemeinschaft mit 1.500 Mitgliedern ist. Die Einrichtung von Betriebsgruppen wird angestrebt. Die Organisation verfügt über eine Geschäftsstelle in Berlin und publiziert eine Zeitschrift mit dem Titel „betrieb & gewerkschaft“. Ansprechpartnerin ist Dr. Jutta Nitsche, Referentin beim Parteivorstand. Auf Bundesebene finden drei bis vier Mal Treffen pro Jahr statt. Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf fanden regionale Betriebsrätekonferenzen statt, so u.a. in Berlin, Erfurt, München, Kaiserslautern, Hamburg, Essen und Köln.

Die AG Betrieb und Gewerkschaft wird von zwei Sprechern geleitet, die vom Parteivorstand gewählt werden. Darüber hinaus hat sich ein SprecherInnenrat mit acht Personen im November 2009 auf dem letzten Bundeskongress der Organisation gebildet. Die beiden Vorstandssprecher sind repräsentativ für das Klientel der AG: Heidi Scharf ist Bevollmächtigte der IGM in Schwäbisch-Hall und Michael Schlecht war vor seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter Volkswirt beim ver.di Bundesvorstand (2001 bis 2009). Schlecht zog über die Landesliste Baden-Württemberg in den Bundestag ein. Als Gewerkschaftsinsider versucht er, im Gespräch mit den Spitzen der Arbeitnehmerorganisationen zu bleiben.

Zu diesem Dialog führte Schlecht in einem parteiinternen Interview aus: „In weiten Teilen findet ein offener Dialog mit Gewerkschaftsvertretern und denen der Partei statt. Klar: Die IG Bergbau, Chemie, Energie und in einigen Regionen der anderen Einzelgewerkschaften finden sich Widerstandsnester, die am liebsten wieder die Gewerkschaften zum

Anhängsel der SPD machen wollen. Aber das wird nicht funktionieren, da gerade viele Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler bereits Mitglieder der LINKEN sind, und viele werden es noch.“ (Interview mit Michael Schlecht: Gewerkschaften sind nicht mehr das Anhängsel der SPD, 12.11.2008)

Unterstützt wird die Gewerkschaftsarbeit durch Abgeordnete der Bundestagsfraktion. Werner Dreibus, Jahrgang 1947, MdB, Gewerkschaftssprecher der Fraktion, initiierte im Juni 2008 die 3. Betriebs- und Personalrätekonferenz in Nürnberg, an welcher nach eigenen Angaben 250 Gäste teilnahmen. Die Biografie von Werner Dreibus ist repräsentativ für die West-Linke. Der Chemiefacharbeiter aus Offenbach (Hessen) wurde zunächst bei der IG Chemie, Papier, Keramik Gewerkschaftssekretär und war Dozent in der Erwachsenenbildung. Im Jahr 1994 wurde er Bevollmächtigter der IGM in Offenbach und gehörte zu den Mitbegründern der WASG. Dreibus wurde im Mai 2010 zu einem von zwei Bundesgeschäftsführern gewählt.

Auf der Nürnberger Gewerkschafter-Tagung Juni 08 wurde „in Zeiten des Neoliberalismus und Massenentlassungen“ gefordert, dass „die Gewerkschaften besser und radikaler werden müssen“, so Sybille Stamm, ehemalige Landesleiterin von ver.di Baden-Württemberg und dortige Sprecherin der Linkspartei. Aufgewertet wurde die Konferenz durch einen Empfang mit dem bayrischen DGB-Landesvorsitzenden Fritz Schösser. Dieser Empfang wurde gemeinsam mit linken Abgeordneten initiiert. An diesem Preevent nahmen 180 bayrische Betriebs- und Personalräte teil. Die Vertreter der Partei Die Linke sicherten dem bayrischen Gewerkschaftsbund ihre volle Unterstützung bei dem Volksbegehren „Bayern voran! Mindestlohn jetzt!“ zu.

Hoher Organisationsgrad unter linken Spitzenfunktionären

Die Spitzenvertreter der Partei Die Linke gehören zu einem hohen Maße den mitgliedsstarken Gewerkschaften ver.di und der IG Metall (IGM) an.

Unter den 44 Mitgliedern des bisherigen Parteivorstandes der Linken, gewählt Mai 2008 in Cottbus, zählen zur Dienstleistungsgewerkschaft ver.di 17 Mitglieder und zur IG Metall sieben Vorstandsmitglieder.

ver.di Mitglieder im Bundesvorstand¹ Die Linke:

- ▶ Christine Buchholz, MdB (Hessen)
- ▶ Wolfgang Gehrcke, MdB (Hessen)
- ▶ Dr. Rosemarie Hein, MdB (Sachsen-Anhalt)
- ▶ Maren Kaminski, Hannover (Niedersachsen)
- ▶ Jürgen Klute, MdEP (NRW)
- ▶ Jan Korte, MdB (Sachsen-Anhalt)
- ▶ Caren Lay, MdB (Sachsen)
- ▶ Dr. Gudrun Lukin, (Thüringen)
- ▶ Ulrich Maurer MdB (Baden-Württemberg)
- ▶ Inga Nitz, MdBB (Bremen)
- ▶ Britta Pietsch, Betriebsratsvorsitzende, Mönchengladbach, (NRW)
- ▶ Bodo Ramelow, MdL (Thüringen)
- ▶ Michael Schlecht, MdB (Baden-Württemberg)
- ▶ Helmut Scholz, MdEP (Berlin)
- ▶ Halina Wawzyniak, MdB (Berlin)*
- ▶ Janine Wissler, MdL (Hessen)
- ▶ Ulrike Zerhau, Gewerkschaftssekretärin (NRW)*

* = Stellvertretende Parteivorsitzende bis Mai 2010

IG Metall Mitglieder

- ▶ Klaus Ernst, MdB (Bayern)*,
- ▶ Thies Gleiss, Betriebsrat, Köln (NRW)
- ▶ Anny Heike, 2. Bevollmächtigte in Fürth (Bayern)
- ▶ Brigitte Ostmeyer, Betriebsratsmitglied (Baden-Württemberg)

¹ Neuer geschäftsführender Vorstand der Partei Die Linke und Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, gewählt Mai 2010:

Vorsitzende: Dr. Gesine Lötsch MdB, GEW / Klaus Ernst MdB, IG Metall

Stellvertreter: Katja Kipping MdB, ver.di / Halina Wawzyniak MdB, ver.di / Sahra Wagenknecht MdB ? / Heinz Bierbaum MdL, IG Metall

Geschäftsführer: Werner Dreibus MdB, IG Metall / Caren Lay MdB, ver.di

Schatzmeister: Raju Sharma MdB, ehem. Stellv. Hauptpersonalrat Staatskanzlei, Kiel

- ▶ Heidi Scharf, 1. IGM Bevollmächtigte Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg)
- ▶ Dr. Axel Troost, MdB (Sachsen), seit 2009 ver.di
- ▶ Dr. Harald Werner (Berlin).

* = Stellvertretender Parteivorsitzender bis Mai 2010

GEW-Mitglied ist Marc Mulia, Gymnasiallehrer in Duisburg (NRW).

Gewerkschafter in der Linksfraktion im Bundestag

Wie im Bundesparteivorstand finden sich in der Bundestagsfraktion zahlreiche Gewerkschafter. Prominente ver.di-Mitglieder sind der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi und Katja Kipping, die der Linken ein modernes Image unter jungen Menschen verleihen will. Der ehemalige SPD-Landesvorsitzende Ulrich Maurer ist langjähriges ötv/ ver.di-Mitglied. Aus Niedersachsen zog Professor Dr. Herbert Schui in den Bundestag ein, der Ökonom gehört seit 1973 der ötv/ ver.di an. Ein ehemaliger Grüner und heute Mitglied des Fraktionsvorstandes ist Jan Korte, der ebenfalls der Dienstleistungsgewerkschaft angehört. Darüber hinaus sind ver.di Mitglieder Dorothee Menzner und Harald Weinberg, der u.a. Regionalleiter bei der ver.di Bildung+Beratung gGmbH war. Die einflussreiche linke Abgeordnete Christine Buchholz arbeitete als Betriebsrätin und ötv-Vertrauensfrau. Zu der ver.di-Gruppe zählt die Abgeordnete mit einem Migrationshintergrund, Sevim Dagdelen, die Duisburgerin ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Darüber hinaus findet sich unter den Bundestagsabgeordneten Heidrun Dittrich, die für die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) u.a. als Landesjugendleiterin für Baden-Württemberg tätig war.

Prominente Mitglieder der GEW sind die Vizebundestagspräsidentin Petra Pau (Berlin) und die neue Mitvorsitzende Dr. Gesine Lötsch. In der GEW finden sich Abgeordnete wie Annette Groth (Baden-Württemberg) oder Petra Sitte (Sachsen-Anhalt).

Der IG Metall gehören ebenfalls verschiedene linke Abgeordnete an. Prominenter Kopf ist Klaus Ernst, neuer Parteivorsitzender und ehemaliger Mitvorsitzender der WASG. Ernst organisierte als IGM-Hauptamtlicher Mitte der 80er Streiks. Neben Ernst sitzt der IGM-Kollege Alexander Ul-

rich (Rheinland-Pfalz) im Deutschen Bundestag. Er ist gelernter Werkzeugmacher und war Betriebsrat bei der Opel AG in den Jahren 1994 bis 1998 sowie 2. Bevollmächtigter und Geschäftsführer.

In der gewerkschaftlichen Kulturarbeit der IG Metall engagierte sich die Bremer Abgeordnete Agnes Alpers. Sie ist aktiv in der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft der Linken in der Hansestadt.

Der Abgeordnete Dr. Axel Troost MdB (Sachsen) agiert als finanzpolitischer Sprecher der Fraktion. Der promovierte Volkswirtschaftler ist anders als viele ehemalige WASG-Mitglieder kein pragmatischer Gewerkschaftsfunktionär, sondern aufgrund seiner beruflichen Laufbahn als Geschäftsführer von Beratungsgesellschaften eher ein linker Theoretiker. Troost ist zudem Mitglied bei attac, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und im Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.

Ehemalige DKP-Mitglieder unter Spitzenfunktionären

Es ist bemerkenswert, dass DKP-Mitgliedschaften in offiziellen Biografien der Landtage und des Deutschen Bundestages nicht verschwiegen werden. Wolfgang Gehrcke MdB (Hessen), Jahrgang 1943, bekennt sich zum Eintritt in die KPD 1961 und bezeichnet sich als Gründungsmitglied der DKP im Jahre 1968. Der Abgeordnete gibt auch Auskunft über die Mitgliedschaft im Präsidium sowie über den Bezirksvorsitz der DKP von 1981–1989 in Hamburg. Gehrcke ist ver.di Mitglied.

Eva Bulling-Schröter MdB, engagierte sich im DGB-Regions-Frauenausschuss und im IG-Metall-Frauenausschuss in Ingolstadt (Bayern). Sie bekennt sich zu ihrer DKP-Mitgliedschaft Mitte der 70er Jahre und gehörte ab 1990 der PDS an.

Ebenfalls DKP-Mitglied war Matthias W. Birkwald MdB (Köln) von 1988 bis 1990. Seit 1986 gehört er der IG Metall an. Im Jahr 1994 fungierte er als Wahlkampfleiter der PDS-NRW.

Ebenfalls bekennt sich die Bundestagsabgeordnete Sabine Leidig MdB (Hessen), ver.di-Mitglied, zu ihrer Mitgliedschaft in der DKP von 1982 bis 1991 und Mitarbeit bei der Marxistischen ArbeiterInnen Bildung (MAB). Ab 1992 war sie hauptamtliche Bildungsreferentin beim DGB-Baden-Württemberg. Im Jahr 1996 wurde sie DGB-Regionsvorsitzende in Mittelbaden und danach zweimal wiedergewählt. Vor ihrer Zeit des

Bundestagsmandats arbeitete Leidig als Bundesgeschäftsführerin von attac.

Fraktionskollege Michael Schlecht, volkswirtschaftlicher Berater des ver.di Bundesvorstandes bis 2009 und ein Sprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft bezeichnet sich in seiner Selbstdarstellung als Sympathisant der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) in den Jahren 1974/75. Die SEW war der Ableger der DKP in West-Berlin und der SED hörig.

Wie Schlecht gehört auch Dr. Harald Werner, Mitglied der IGM, dem Bundesvorstand der Partei an. Der ehemalige Stahlschlosser ist promovierter Soziologe und Ex-DKP-Mitglied.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes grenzt sich die Linkspartei von der DKP nicht scharf genug ab. Im Gegenteil: Die derzeitige Sprecherin der Linken in NRW, Katharina Schwabedissen, erklärt: „Ich bin immer dafür, dass wir mit der DKP in Städten und Gemeinden zusammenarbeiten (....) Wir müssen klarmachen, dass wir uns nicht spalten lassen (Interview in: „junge welt, 20.10.2008, S. 2; zitiert nach Verfassungsschutzbericht NRW 2008, S. 99).

Von der Gewerkschaftsfunktionärin zur Abgeordneten

Auffällig in der linken Bundestagsfraktion sind ehemals hauptamtliche ver.di Gewerkschafterinnen wie Ulla Lötzer (ehemalige Gewerkschaftssekretärin in Köln), die bereits erwähnte Sabine Leidig (ehemals ehrenamtlich tätig an der ÖTV-Bundesschule in Mosbach und DGB-Regionsvorsitzende Mittelbaden) oder Inge Höger, eingezogen über die Landesliste NRW, (ehemals Mitglied im ver.di Landesfachbereichsvorstand Sozialversicherung).

Zu dieser Gruppe zählt auch die niedersächsische Abgeordnete Jutta Krellmann, Gewerkschaftssekretärin in Hameln. Aus der Gewerkschaftsbewegung stammt auch die ostdeutsche Abgeordnete Sabine Zimmermann (Wahlkreis Zwickau, Sachsen), die nach der Wende zum DGB fand. Sie war Gewerkschaftssekretärin von 1992 bis 2001, danach Vorsitzende der DGB-Region Vogtland-Zwickau. Sie zählt damit zu den wenigen ostdeutschen Linken mit einer Gewerkschaftskarriere.

Offensichtlich hat die Linke unter Hauptamtlichen, sowohl bei ver.di als auch in der IGM, sich eine Position erarbeiten können. Dies belegen Sympathieunterschriften in verschiedenen Wahlaufufen der Linkspartei

anlässlich der Bundestags- und Europawahlen im Jahr 2009. Die Wahlinitiative: „Wir wählen links. Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler wählen links“ demonstriert den zunehmenden Rückhalt der Sozialisten in der organisierten Arbeiterschaft.

Von den 76 Abgeordneten der Linken im Deutschen Bundestag sind mehr als 50% der Fraktion Mitglieder in verschiedenen DGB-Gewerkschaften. Eine ganze Reihe von Abgeordneten der Linksfraktion kommt aus dem hauptamtlichen Bereich vor allem von ver.di oder der IGM in den alten Bundesländern.

Gewerkschafter präsentieren die Partei in den Landtagen

● Thüringen

Nicht nur auf der bundespolitischen Ebene präsentiert sich die Partei Die Linke durch regional bekannte Gewerkschafter. Prominentes ver.di-Mitglied ist der Landeschef Thüringens, Bodo Ramelow, geboren 1956, der als ehemaliger hbv – Gewerkschaftssekretär aus Mittelhessen in die neuen Länder kam. Ramelow war nach der Wende in den Jahren 1990 bis 1994 thüringischer Landesvorsitzender der hbv (Handel, Banken und Versicherungen). Er gehörte zu den Erstunterzeichnern der Erfurter Erklärung, die nicht nur vermeintlich mehr soziale Gerechtigkeit einforderte, sondern vor allem für neue Bündnisse zwischen Linken, SPD und Grünen warb. Im Bundestagswahlkampf 2004 war Ramelow Wahlkampfleiter der PDS. Nach dem erfolgreichen Abschneiden seiner Partei bei den letzten Landtagswahlen in Thüringen forderte Ramelow das Ministerpräsidentenamt für seine Partei und verschreckte damit die Landes – SPD so sehr, dass diese als Juniorpartner eine Koalition mit der CDU unter Christine Lieberknecht vorzog. Ramelow versteht die Sprache der Gewerkschaftler und übertrumpft mit populistischen Forderungen mühelos die politische Konkurrenz.

● Niedersachsen

Ein Blick in die Linksfraktion des niedersächsischen Landtags bestätigt den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der sozialistischen Parlamentarier. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion in Hannover, Dr. Manfred

Sohn, ist ver.di Mitglied. Der promovierte Diplomsozialwirt war von 1977 bis 2000 DKP Mitglied und trat dann 2002 in die PDS ein. Nach seinem Wechsel zur Linken wirkte er noch im Jahr 2007 aktiv im Marxistischen Forum Niedersachsen mit, welches zu den orthodoxen Zirkeln der Partei gehört (Schünemann, S. 14). Bei der Versicherungsgruppe VGH war er Mitglied des örtlichen Personalrates. Auch seine Fraktionskollegin Kreszentia Flauger (ebenfalls Fraktionsvorsitzende) war Gesamtbetriebsratsvorsitzende in einem IT-Unternehmen und ist seit 1985 Mitglied der hbv und von ver.di.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin Christa Reichwaldt, Gymnasiallehrerin aus Hannover, gehört seit 1977 erst der ÖTV und nun ver.di an. Über lange Jahre war sie SPD Mitglied (1975-1999) und seit 2005 engagiert sie sich für die Linke in der Region Hannover. Die Fraktionskollegin Ursula Weisser-Roelle ist bei der IGM seit 1972 Mitglied und war lange Jahre Betriebsrätin bei Siemens in Braunschweig.

● Nordrhein-Westfalen

Die am 09.05.2010 gewählte Landtagsfraktion der Linken in Nordrhein-Westfalen wird von zwei Gewerkschaftern angeführt. Die Spitzenkandidatin, Bärbel Beuermann, Berufs- und Fachlehrerin für Sonderschulen, gehört der GEW an. Sie war im Personalrat aktiv und beendete diese Tätigkeit zugunsten ihrer Landtagskandidatur.

Der Landessprecher Wolfgang Zimmermann ist Vorsitzender des ver.di-Bezirktes Rhein-Wupper und Mitglied des Landesvorstandes. Zimmermann ist frei gestellter Personalratsvorsitzender der LVR Kliniken Langenfeld. Die gerade gewählte Landtagsabgeordnete Anna Conrads gibt als Mitgliedschaften ver.di und die Rote Hilfe an, die vom Verfassungsschutz als extremistische Organisation beobachtet wird. Die Rote Hilfe setzt sich für politische Gefangene ein, unter anderem auch für ehemalige RAF-Mitglieder. Die liberale Süddeutsche Zeitung klassifiziert die Fraktion der Linken in Düsseldorf aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung als „Die Spitze des Wahnsinns“ (14.05.2010).

So kann die Linke eine ganze Reihe kampferprobter Gewerkschafter präsentieren, geschult durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit und mit Streikerfahrung. Durch die Wahlerfolge bei der Europawahl, Bundestags- und den Landtagswahlen wird die Linke für viele Gewerkschafter attraktiv. Sich für die Linke zu engagieren, bedeutet für einige Genossen eine unge-

ahnte Chance auf ein Mandat. Eine Option, die viele Gewerkschafter mit einem SPD-Parteibuch nicht besitzen. Ohne eine mühevollen „Ochsentour“ kommen gerade linke Gewerkschafter auf die Bewerberliste mit Aussicht auf einen Einzug in ein Parlament. Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen fehlen der Linken im gewerkschaftlichen Umfeld jüngere Mitglieder unter 35 Jahren.

Ver.di im Visier der Linken

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gilt im DGB-Spektrum eher als traditionell links, so unterstützte ver.di im Jahr 2007 die Rosa-Luxemburg-Konferenz der marxistischen Tageszeitung Junge Welt. Die Linke versucht den „sozialistischen Flügel“ zu beeinflussen, der sich als „ver.di Linke“ in einem eigenständigen Netzwerk organisiert hat.

Der Deutschlandfunk (DLF) berichtete über den ver.di Bundeskongress im Oktober 2007: „Lothar Bisky, der Vorsitzende der Partei „Die Linke“, hatte bei seinem Auftritt beim ver.di-Bundeskongress praktisch ein Heimspiel. Obgleich alles andere als ein mitreißender Redner, konnte Bisky die meisten Delegierten gleichsam „mit links“ für sich einnehmen.“

Neben Michael Schlecht MdB, ehemaliger ver.di-Chefvolkswirt mit 30jähriger Erfahrung, ist es vor allem der Geschäftsführer des ver.di Bezirks Stuttgart, Bernd Riexinger, der den Protest gegen Hartz IV und gegen die „unsoziale“ schwarz-gelbe Bundesregierung lenkt. Riexinger, Jahrgang 1955, ist Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes in Baden-Württemberg und einer der Sprecher des Landesverbandes. Er ist publizistisch aktiv, um der Linkspartei in der gesellschaftspolitischen Diskussion, bspw. im Internetportal Linksnet, mehr Gewicht zu verleihen.

Riexinger plädiert für politische Streiks, so in der Publikation der Vereinigung: „Gerade in der Krise ist die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit ohne Alternative. Als Druckmittel für die Durchsetzung politischer Forderungen darf der politische Streik nicht länger tabuisiert, sondern muss vielmehr etappenweise vorbereitet werden. DIE LINKE ist dabei eine verlässliche Verbündete.“ (betrieb&gewerkschaft, Nr. 3/ 09; S. 2).

Die Linke lehnt die Einheitsgewerkschaft ab und stellt radikale Forderungen auf

Bislang ist keinem Mitglied der Linken gelungen, eine herausragende Position in einem Vorstand einer Einzelgewerkschaft einzunehmen². Weil die CDU-Arbeitnehmerorganisation, die CDA, Vorstandsmitglieder auf Bundesebene im DGB und in den Einzelgewerkschaften stellt, werden die sozialistischen Gewerkschafter ebenfalls herausragende Ämter beanspruchen. Mitglieder der Linken werden Posten in Vorständen für sich reklamieren, und diese nicht nur Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen oder Parteilosen überlassen wollen. Künftig wird die Linke ihre Ansprüche artikulieren, zumal die Linke prozentual und real mehr DGB-Mitglieder im Bundestag stellt als die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion.

Nicht nur mit personellen Forderungen wird die sozialistische Linke die Gewerkschaften unter Druck setzen, sondern ebenso programmatisch. Die Linke wird SPD und die Gewerkschaften mit utopischen Forderungen vor sich hertreiben.

Die Positionen sind diesbezüglich längst formuliert:

Keine Privatisierungen mehr im öffentlichen Bereich. Eine rasche Umsetzung von Arbeitszeitreduzierungen, die mehr Arbeitsplätze schaffen sollen. Bei der Höhe des Mindestlohns wird die Linke die Gewerkschaften und die SPD jedes Mal überbieten, wenn ein einheitlicher, branchenübergreifender Mindestlohn fixiert werden soll. Falls der DGB EUR 8,50.- als Mindestlohn pro Stunde festlegt, wird die Linke EUR 10.- branchenübergreifend einklagen. Die Abkehr vom Renteneintrittsalter nach 67 Lebensjahren fordert die Linkspartei ohne Abstriche. Die Leiharbeit und Minijobs wollen die Linken verbieten und Hartz IV ist ohnehin sofort abzuschaffen. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit soll durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erfolgen. Die Kurzarbeit wird abgelehnt, stattdessen forderte der Landesverband NRW im Landtagswahlkampf eine 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

² Obwohl Eva-Maria Stange von 1981 bis 1988 Mitglied der SED war, wurde sie zur Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gewählt. Sie leitete die GEW von 1997 bis 2005.

Sozialistische Gewerkschafter wollen die Betriebe politisieren, d.h. Gewerkschaftsvertreter und Belegschaften auffordern, bspw. aktiv gegen den „Krieg in Afghanistan“ Stellung zu beziehen und sich Friedensgruppen anzuschließen.

Politische Streiks gelten als ein geeignetes Mittel im Kampf gegen Sozialabbau³.

So heißt es in einem Beschluss aus dem November 2009: „Die Aufnahme des Kampfmittels politischer Streik in die Satzung der IG Bau durch den Gewerkschaftstag der IG Bau ermutigt uns, auch in anderen Gewerkschaften die Debatte um den politischen Streik voranzutreiben.“

Die Linke möchte die Gangart gegen die Arbeitgeber verschärfen und ist nicht bereit, Kompromisse hinsichtlich moderater Lohnerhöhungen zu schließen. Sie fordert eine Ausweitung der Mitbestimmung auf wirtschaftliche und unternehmerische Entscheidungen sowie eine Einrichtung von überbetrieblicher Mitbestimmung.

Die Linke vertritt die Position, dass Betriebs- und Personalräte ein allgemeinpolitisches Mandat haben. Dieses allgemeinpolitische Mandat geht über die Grenzen des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus. So heißt es im Positionspapier zu den Gewerkschaften: „DIE LINKE betont sowohl das politische Mandat als auch die Autonomie und parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften. Wir unterstützen es ausdrücklich, wenn sich in den Gewerkschaften zusätzlich zu ihren traditionellen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern – der Betriebs- und Tarifpolitik – eigenständige politische Aufklärung bei den Mitgliedern und Organisation von Widerstand entwickelt.“

Hier müssen die Gewerkschaften Farbe bekennen, ob sie diese links-populistischen und neosozialistischen Tendenzen unwidersprochen durchgehen lassen wollen. Die Sozialpartnerschaft ist ein Stabilitätsfaktor, um den die Bundesrepublik Deutschland von anderen Ländern beneidet wird. Diese hat sich erst jüngst in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt.

³ Politische Streiks lehnt der Vorsitzende des DGB Michael Sommer ab und bemerkt hierzu in einem FAZ- Interview vom 12.05.2010: „Das Streikrecht ist ein ökonomisches Recht zur Regelung von Arbeit. Wir sind keine unpolitischen Organisationen, aber politische Streiks sind nicht Sache des DGB.“

Den Wettlauf mit den Linkspopulisten werden Gewerkschafter und SPD-Politiker verlieren. Vor diesem Hintergrund müssen sich nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch die Gewerkschaften entscheiden, wie sie sich mit der Linken politisch auseinandersetzen. Der bisherige Kurs der Gewerkschaften auf Bundesebene die Linke zu ignorieren, ist inkonsequent; zumal auf regionaler Ebene Gespräche oder eine punktuelle Zusammenarbeit stattfinden.

Es ist zu fragen, ob es politisch klug ist, Gewerkschaftshäuser für die Linke zu öffnen. So lud die AG Betrieb und Gewerkschaft der hamburgischen Linken für den 24. Juni 2009 zu einer regionalen Betriebs- und Personalrätekonferenz ins Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof) ein. Am Gespräch mit dem Fraktionsvorstand der Linken in der Bürgerschaft beteiligte sich ver.di Landesbezirksleiter Wolfgang Rose. Als Ziel formulierten die Organisatoren: „Wir wollen als linke Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler nicht nur unsere Arbeit in den Gewerkschaften tun, sondern auch politische Zusammenhänge erarbeiten, politischen Druck ausüben und letztlich den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellen.“

„Demokratisierung der Wirtschaft“

Die Linke betont in ihrem Eckpunktepapier, gleich zu setzen mit dem Parteiprogramm, unter dem Deckmantel einer „Demokratisierung der Wirtschaft“ staatliche Zugriffs- und Regulierungsrechte, die faktisch Grund- und Freiheitsrechte wie das Recht auf Eigentum, die Unternehmer- und Gewerbefreiheit untergraben: „Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen. Vor allem die profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmenden Großunternehmen muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden, wo sie dem Gemeinwohl widerspricht.“ Ganz offensichtlich stellt die Partei Die Linke die Grundgesetzartikel § 14 und 15 zur Disposition. Die Linke in NRW forderte in ihren Programmen eine Verstaatlichung der Energiekonzerne E.On und RWE.

DGB unter Druck von Linksaußen?

Je nach Einzelgewerkschaft bzw. Region wechselt die Strategie zwischen Ablehnung und Öffnung. Einige eher linksorientierte Gewerkschafter sehen die Linkspartei als natürlichen Bündnispartner an, der ihnen mit klassenkämpferischen Tönen aus dem Herzen spricht.

Der DGB muss sich darüber klar werden, ob er mit ehemaligen SED- und DKP-Mitgliedern paktieren und Kampagnen mit einer Partei führen will, die in der Zeit der DDR freie und unabhängige Gewerkschaften ablehnte.

Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gewerkschaften sowie die Betriebs- und Personalräte werden zu Aktionsbündnissen eingeladen bspw. gegen „rechts“ oder gegen einen vermeintlichen Sozialabbau. Dass derartige Aktionsbündnisse zu Mitgliederverlusten führen können, liegt auf der Hand.

Ein Großteil der DGB-Mitglieder mag sich links von der Mitte einordnen, aber in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, NRW und Niedersachsen gibt es einen hohen Anteil von CDU/CSU-Wählern in der organisierten Arbeitnehmerschaft. Für eine sozialistische Planwirtschaft nach dem Vorbild der DDR plädieren nur Minderheiten in den Belegschaften. Facharbeiter stehen der Linken klar ablehnend gegenüber und dies aus gutem Grund. So heißt es in den Mitteilungen der Kommunistischen Plattform (KPF) unverblümt: „Wir treten für einen Systemwechsel ein. Der Kapitalismus entblößt sein asoziales, weil ausbeuterisches, aggressives und kulturfeindliches Wesen täglich mehr. Letztlich muss er überwunden werden.“ (Verfassungsschutzbericht Bund 2007, online Fassung, S. 137)

Die Gewerkschaften versuchen, junge Menschen für ihre Arbeit zu gewinnen. Viele Jugendliche reagieren auf radikale Ideologien skeptisch. Sie sind pragmatisch und entschließen sich häufig eher zögerlich zum Eintritt in eine DGB-Gewerkschaft. Bei einem Schwenk nach links würden sich nicht nur Jugendliche als Mitglieder verabschieden, sondern – und dies würde gerade die IG Metall schmerzen – gut verdienende Facharbeiter aus der Metallindustrie.

Die Vorfälle in der brandenburgischen Landtagsfraktion der Linken müssen die Gewerkschaften beunruhigen. Offensichtlich hat es die Linke in Potsdam nicht vermocht, unbelastete Kandidaten ohne Stasivergangenheit für den Landtag zu nominieren. Für den DGB darf nicht eine Zusammenarbeit mit der Linken in Frage kommen, wenn sie Parteimitglieder in ihren Reihen duldet, die in den Betrieben der DDR einst Arbeiter bespitzelten.

Der Landesverband der Linken in NRW will Schlüsselindustrien wie die Energiewirtschaft verstaatlichen, so eine der zahlreichen absurden Forderungen im Landtagswahlprogramm 2010. Das Wirtschaftsprogramm der Linkspartei erinnert fatal an die Planwirtschaft der DDR. Hierzu können Gewerkschafter nicht ihre Hand reichen. Das Wahlprogramm der Linken im größten Bundesland demonstriert, wie ideologisch geprägt die Partei der Linken ist und offenbart ihre neokommunistischen Konzepte. So heißt es im Verfassungsschutzbericht 2008 des Landes NRW: „Der vielschichtige Charakter der Partei bietet auch aktuell Anhaltspunkte für den Verdacht linksextremistischer Bestrebungen...“ (S. 94).

Ein verstärkter Einfluss der Linkspartei in den Gewerkschaften gefährdet den Konsens der Einheitsgewerkschaft. Ein wacher politischer Verstand muss der Gewerkschaftsbewegung von Bündnissen mit der Partei Die Linke dringend abraten. Sie darf neosozialistischen Politikern nicht entgegenkommen, um nicht die bewährte Sozialpartnerschaft aufs Spiel zu setzen.

Autor: Karsten Matthis, Leiter Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. (CSP), Königswinter

Stand: Mai 2010

Quellen / Literatur

1. Quellen

Beschluss der Bundeskonferenz Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb& Gewerkschaft, Selbstverständnis: Gewerkschaften-wichtiger Bezugspunkt für DIE LINKE, Berlin 31.10/ 01.11.2009,

Politische Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb&Gewerkschaft, Beschluss der Bundeskonferenz Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb& Gewerkschaft, ebenda

Für eine glaubwürdige Linke, Beschluss Landesparteitag NRW, DIE LINKE, Hamm 08.11.2009,

Kürschners Volkshandbuch, Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2010

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2008, hrsg. vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Januar 2009

2. Literatur

Eppelmann/ Möller/ Nooke/ Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Bd. 1, Paderborn 2. Aufl. 1997, Art. FDGB, S. 282 – 286

Hubertus Knabe:
Die Wahrheit über die Linke, Berlin 2009

Oskar Lafontaine:
Das Herz schlägt links, Berlin 1999

Bernd Riexinger/Werner Sauerborn: Gewerkschaften in der Globalisierungsfall: Vorwärts zu den Wurzeln, in Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg 2004

3. Internetseiten

Biographien der Abgeordneten der Bundestagsfraktion Die LINKE und in Landtagen

www.bundestag.de

www.landtag-niedersachsen.de

Die Linke, offizielle Seiten der Partei und von Abgeordneten der Linksfraktion im Deutschen Bundestag:

www.die-linke.de

www.betriebundgewerkschaft.de

www.die-linke-hh.de

www.linksfraktion.de

www.werner-dreibus.de

www.axel-troost.de

LabourNet.de Germany, www.labour.net

IG Metall www.schwaebisch-hall.igm.de/wir/kontakt.html

4. Aufsätze

Nicola Brüning u.a.: Linkspartei. Zurück in die Zukunft, Focus Nr. 25/ 2005
http://www.focus.de/politik/deutschland/linkspartei-zurueck-in-die-zukunft_aid_2099

Thorsten Denkler: Die Spitze des Wahnsinns. Die neue Linke-Fraktion in NRW, 14.05.2010,

www.sueddeutsche.de/politik/996/511108/text/5/print.html

Romana Dietzold, Pamela Strutz, Fanny Feise: Rückblick – 3. Zentrale Betriebs- und Personalrätekonferenz 2008, Nürnberg, 18. Juni 2008
Homepage www.werner-dreibus.de/topic/64.gewerkschaften.html

Björn Hengst: Radikalinskis irritieren Genossen in Berlin, 09.10.2009
www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-654047,00.html

Matthias Meisner: Nah dran. Der Abgeordnete Ramelow im Visier des Verfassungsschutzes-darf das sein?, Tagesspiegel, 06.08.2006, <http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,1960680>

Uwe Schünemann: Die unterschätzte Gefahr- Linksextremismus in Deutschland. Positionen 10/ 2008, hrsg. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (KAS), Berlin/ St. Augustin 2008

Martin Steinhage: ver.di und die Linkspartei als Brüder im Geiste, DLF am 02.10.2007, www.dradio.de/dlf/sendungen/kommentar/676754

Manfred Wilke/ Udo Baron: Die Linke, Politische Konzeptionen der Partei, Zukunftsforum Politik 97/ 2009, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (KAS), Sankt Augustin/ Berlin 2009

5. Interviews

Michael Schlecht: Gewerkschaften sind nicht mehr das Anhängsel der SPD, 12.11.2008, www.die-linke.de

Michael Sommer: Manche Marktteilnehmer verhalten sich kriminell, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12.05.2010, Nr. 109, S. 13



Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Tel.: 02223 / 73 119